

## GESELLSCHAFT

Reformversuche des Bildungsministeriums werden von Chaos begleitet

### Spannung in der Führung des Bildungsressorts

Das Bildungsressort ist seit längerem wegen der Verzögerung der Bildungsreform berechtigter Kritik ausgesetzt. Als der Bildungsminister beschloss, zumindest eine Teilreform in der Gestalt einer neuen Abiturprüfung einzuführen, wurden seine Bemühungen durch einen schwerwiegenden Fehler in der Organisation, der zur politischen Spannung und dem Widerstand eines Teils der Öffentlichkeit führte, zunichte gemacht. Die politische Spannung in der Leitung des Ressorts verschärfte sich schon vor einigen Wochen durch die Konfrontation des Bildungsministers Martin Fronc (von der KDH nominiert) mit seinem Staatssekretär František Tóth (von der ANO eingesetzt), der den Gesetzentwurf seines Ministers äußerst hart kritisierte. Der Staatssekretär musste zwar zurücktreten (er wird jedoch bald Kulturminister und damit Kollege seines früheren Chefs in der Regierung), die Spannung rund um die Schulpolitik hat sich aber nicht mehr gelegt.

### Das neue Abitur – der misslungene Trumpf des Bildungsministers

Der ganze Skandal rund um den Bildungsminister wäre wohl nicht so interessant, wenn gerade die Schulpolitik nicht zu einem lukrativen Thema werden würde. Nach erfolgten bedeutsamen Reformschritten in anderen Bereichen wird gerade dieses Thema aus Sicht wahlkämpfender politischer Parteien interessant. Der Bildungsminister ist wegen seiner Säumigkeit schon lange kritisiert worden. Das neue Abitur sollte jedoch zu seiner Trumpfkarte werden. Es geht um die Einführung standardisierter Tests mit wählbarem Schwierigkeitsgrad mit dem Ziel, merkliche Qualitätsunterschiede bei den Abiturprüfungen an unterschiedlichen Mittelschulen auszuschließen. Der Widerstand gegen das neue Abitur ging aus dem Argument hervor, dass die Studenten auf eine solche Änderung des Abiturs nicht ausreichend lang vorbereitet wurden. Der Höhepunkt wurde zu einem Zeitpunkt erreicht als es zu einem ernsthaften organisatorischen Fehler kam (ein Teil der Abiturienten erhielt Tests mit vorgezeichneten richtigen Lösungen). Der Beschluss des Ministers, das schriftliche Abitur zu wiederholen (betrifft alle Studenten) stieß auf einen Sturm von Unmut, der bis jetzt andauert.

### Im Hintergrund ist auch der Kampf um Jungwähler

Das Abiturfiasko führte zum Vorschlag zur Amtsenthebung des Ministers, welcher Gegenstand der Parlamentstagung sein wird. Der Bildungsminister meint, dass der Versuch seiner Abberufung mit den Bemühungen eines Teils der Opposition zusammenhängt, das Abhalten von Neuwahlen zu erreichen. Man hat hier auch zu bedenken, dass die Standpunkte der Parteien zum Abitur auch ein Kampf um Erstwähler in den kommenden Parlamentswahlen sein können. Die KDH, die ihren Bildungsminister ziemlich unkritisch in Schutz genommen hat, kann in diesem Kampf Stimmen verlieren. Die Reaktion von Jungwählern wird jedoch im Fall einer Genehmigung des Gesetzes über Studiengebühren an Hochschulen (über das in Kürze im Parlament entschieden wird) viel schwerwiegender sein.

## ÜBERSICHT

### GESELLSCHAFT

Reformversuche des Bildungsministeriums werden von Chaos begleitet.....	1
Die momentan höchste Priorität von Smer – der Sturz des Premierministers.....	2
Ein bisweilen totales Fiasko bei den Gerichtsprozessen mit dem früheren Geheimdienstdirektor.....	2
Die slowakische Diplomatie ist in Fragen China und Finanzrahmen der EU skeptisch.....	2
Die Parlamente der V-4 werden zur Aufhebung von Übergangsfristen bei Arbeitnehmerfreizügigkeit auffordern.....	2

### WIRTSCHAFT

Unternehmen und unternehmerische Umgebung.....	3
BIP.....	3
Industrieproduktion und Handel.....	3
Inflation.....	4
Arbeitsmarkt.....	4
Auslandinvestitionen.....	4

## ÖKONOMISCHE KENNZIFFERN

Die SKK/EUR und SKK/USD Kursen (III. 2004 – IV. 2005)



Quelle: NBS

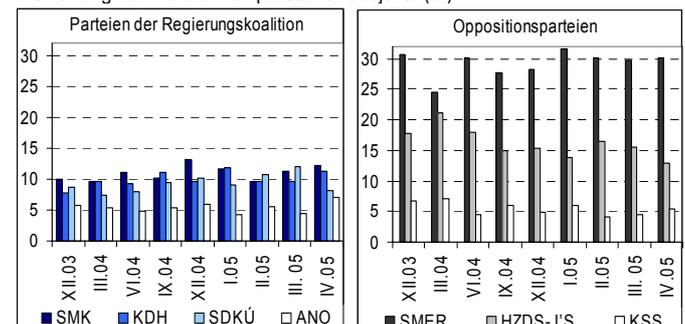
	2001	2002	2003	2004	2005*	2006*
BIP-Wachstumstempo**	3,8	4,4	4,2	5,5	5,0*	5,3*
Inflation (CPI)	7,1	3,3	8,5	7,5	2,8*	2,6*
Arbeitslosigkeit***	19,2	18,5	17,4	18,1	17,5*	17,1*
Ausland. Invest. (mill.USD)	1190	3965	870	800	1700*	2000*
SKK/USD	48,3	45,3	36,8	32,3	30,0*	29,5*
SKK/EUR	43,3	42,7	41,5	40,0	38,8*	37,5*

\* die M.E.S.A.10 Vorhersage; \*\*Die Daten revidiert nach ESA95

\*\*\* nach der Auswahlermittlung der Arbeitskräfte

## MEINUNGSUMFRAGEN

Entwicklung der Präferenzen politischer Subjekte (%)



Quelle: Institut für Meinungsumfragen beim Statistikan der Slowakischen Republik

## GESELLSCHAFT (Fortsetzung)

Die momentan höchste Priorität von Smer – der Sturz des Premierministers

Außer des Vorschlags zum Misstrauensvotum gegenüber dem Bildungsminister wird das Parlament wohl auch über den Vorschlag auf Abberufung des Premierministers Mikuláš Dzurinda beraten. Ein eventueller Erfolg dieser Initiative würde den Sturz der ganzen Regierung bedeuten, dieses Szenario ist jedoch nicht wahrscheinlich. Sogar der Sturz des Bildungsministers ist nicht sicher – obwohl auch ein Teil der Koalition ihn für das Abiturfiasko verantwortlich hält, so wird sie nicht wegen ihm die Stabilität der Regierungskoalition gefährden.

Smer ist entschieden, den Vorschlag eines Misstrauensvotums gegenüber Premierminister Mikuláš Dzurinda einzubringen, auch wenn sie nicht die Unterstützung aller oppositionellen Mandatäre erhält. Die Mitglieder der Führung und die Abgeordneten von Smer sollen über den Vorschlag mit anderen Parlamentsparteien und unabhängigen Abgeordneten verhandeln. Laut Parteivorsitzendem von Smer Róbert Fico ist die Abberufung von Mikuláš Dzurinda „höchste Priorität“.

Einer der Gründe des wiederholten Versuches, die Regierung zu stürzen ist das angebliche Fiasko der „extrem rechtsgerichteten“ Regierungspolitik. Dieses allgemeine Argument, das Smer regelmäßig benutzt ist zurzeit noch um die Kritik einer gesteigerten Einbringung von Verbrauchssteuern reicher (die erhöhte Einbringung dieser Steuer, eine logische Folge der Steuerreform, wurde von den Vertretern von Smer als „Schinderei“ bezeichnet). Ein weiter genannter Grund besteht mangels Bereitschaft des Premiers, sich zu ernsten Themen und Skandalen zu äußern, zu denen auch das organisatorische Versagen beim sog. neuen Abitur gehört.

Ein bisweilen totales Fiasko bei den Gerichtsprozessen mit dem früheren Geheimdienstdirektor

Die Serie von Gerichtsprozessen mit dem ehemaligen Direktor des Slowakischen Geheimdienstes (SIS) Ivan Lexa wirkt schockierend. Wir merken an, dass es sich um eine mit illegaler Tätigkeit des Geheimdienstes zur Zeit des Regierens von Vladimír Mečiar verbundene Person handelt. Das Spektrum von Straftaten, die von der politischen Opposition (die jetzt einen wesentlichen Teil der Regierungskoalition bildet) und später auch von Polizeiermittlern dem SIS-Direktor zugeschrieben worden, reicht von illegaler Auszahlung von Belohnungen bis zur Teilnahme an der Entführung des Sohnes des Staatspräsidenten. Die Gerichte erster Instanz haben Ivan Lexa in sieben von bisher acht verhandelten Fällen freigesprochen, in zwei Sachen wurde er auch von Berufungsgerichten freigesprochen.

Zur jetzigen Zeit, in der zumindest die Gerichte erster Instanz praktisch alle Fälle des ehemaligen

SIS-Chefs entschieden haben, zeichnet sich ein tragikomisches Ende ab: Ivan Lexa wurde durch ein Gericht erster Instanz nur ein einem einzigen Fall verurteilt, und zwar nur mit einer Geldstrafe (bisher ist auch dieses Urteil nicht rechtskräftig). Das absolute Versagen der Staatsanwaltschaft und die Freisprache von Ivan Lexa in seinen Prozessen ruft wieder ernste Fragen nach der Qualität des Ermittlungsprozesses, der Staatsanwaltschaft oder der Gerichte hervor. Dieses Ergebnis macht Ivan Lexa zusätzlich zu einem politischen Held, einem Märtyrer, der von slowakischen Behörden aus Südafrika (wo er sich bis Juli 2002 versteckte) wegen „konstruierter und politisch motivierter Causa“ „entführt“ wurde.

Die Regierungskoalition erwägt einen neuen Versuch einer Aufhebung der Amnestie, die von Vladimír Mečiar (als er einige Monate den Präsidenten vertrat) im schwerwiegendsten Fall, der mit Ivan Lexa in Verbindung gebracht wird, erteilt wurde – die Teilnahme an der Entführung des Sohnes des Staatspräsidenten.

**Die slowakische Diplomatie ist in Fragen China und Finanzrahmen der EU skeptisch**

*Standpunkt gegen die Aufhebung des Waffenembargos auf China*

Laut Meinung des Chefs slowakischer Diplomatie Eduard Kukan ist die Zeit zur Aufhebung des Waffenembargos auf China ungeeignet und die EU sollte bei der Entscheidungsfindung auch die ablehnende Haltung der USA berücksichtigen. Die EU-Außenminister haben sich auf dem Treffen in Luxemburg auf keiner baldigen Aufhebung des Waffenembargos auf China geeinigt, da die meisten von ihnen einen ähnlichen Standpunkt wie der slowakische Außenminister vertreten.

Der ursprüngliche Plan des Luxemburger Vorsitzes war die Aufhebung des Embargos noch während dieses Halbjahres. Nach Eduard Kukan ist jedoch die Zeit für das Treffen einer solchen Entscheidung ungeeignet.

Die slowakische Diplomatie vertritt berechtigterweise die Ansicht, dass China einen riesigen Fortschritt im Wirtschaftsbereich geschafft hat, im politischen Bereich, zum Beispiel in den Menschenrechten ist es aber zu keinem bedeutenden Fortschritt gekommen. Eine ähnliche Ansicht äußerten praktisch alle Länder mit einer Ausnahme, und zwar Frankreich. Wir erinnern daran, dass das Waffenembargo von der EU nach der blutigen Unterdrückung von Unruhen auf dem Platz des himmlischen Friedens 1989 erlassen

wurde. Beim Gipfel im Dezember wurde beschlossen, dass der Vorsitz an seiner stufenweisen Aufhebung arbeiten sollte.

*Skepsis bei möglicher Übereinstimmung über den Finanzrahmen der EU*

Die Leitung des Außenministeriums der SR ist bei der Möglichkeit einer Übereinstimmung über den Finanzrahmen für die Jahre 2007-13 noch während des Luxemburger Vorsitzes äußerst skeptisch. Der Minister kritisierte, dass die meisten Kürzungen der zu erwartenden Ausgaben in der Kohäsionspolitik vorkommen, was für die neuen Mitgliedsländer inakzeptabel sei. Die Slowakei haben gemeinsam mit Tschechien, Polen und Ungarn deuteten an, auf einer Bewahrung der Grenze für die Inanspruchnahme der Eurofonds von 4% des BIP zu beharren und gegen den Vorschlag ihrer Senkung zu sein.

Der Standpunkt des Außenministeriums der SR lautet: Falls es zu Ausgabenreduktion kommen soll, dann in allen Kapiteln, inklusive der bereits vereinbarten Landwirtschaft. Der Luxemburger Vorsitz hat sich vorgenommen, den Finanzrahmen am Gipfel im Juni in Brüssel zu vereinbaren. Die meisten Länder haben bisher jedoch den Entwurf des Finanzrahmens kritisiert. Die neuen Mitgliedsstaaten einschließlich der Slowakei lehnen eine Reduktion der Ausgaben ab, den reichen Nettozahlern in das gemeinsame EU-Budget scheinen die Kürzungen wieder unzureichend.

**Die Parlamente der V-4 werden zur Aufhebung von Übergangsfristen bei Arbeitnehmerfreizügigkeit auffordern**

Bei der Konferenz der Ausschüsse für Europaangelegenheiten der Parlamente der Visegräder Viererländer (V4) wurde eine gemeinsame Strategie gegen die Einschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit beschlossen. Die Parlamente der V4-Länder werden die Länder der Europäischen Union zur Aufhebung oder Reduktion von Übergangsfristen bei der Freizügigkeit der Arbeitskräfte auffordern. Es gäbe immer weniger relevante Argumente für die Aufrechterhaltung der Beschränkungen, die Befürchtungen der früheren EU 15 vor Missbrauch ihres eigenen Sozialsystems, ökonomischer Migration und Überschwemmung der Arbeitsmärkte mit billiger Arbeitskraft aus neuen Mitgliedsländern haben sich nicht bewahrt. Die Partner aus den V4-Ländern beschlossen auch, die EU zum beschleunigten Beginn der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien aufzufordern.

## WIRTSCHAFT

**Unternehmen und unternehmerische Umgebung  
Slovnaft „lockerte“ das Preiswachstumstempo**

Es scheint, als ob der auf die Raffinerie Slovnaft bezüglich des Verdachts auf Missbrauch dominanter Position auf dem Treibstoffmarkt ausgeübte Druck Teilerfolge bringt: Im letzten Monat erhöhte das Unternehmen Benzin- und Dieselpreise weniger rasant als im vorangegangenen Zeitraum, aber auch im Vergleich zu Lieferanten in anderen Ländern. Der merkbare Preisanstieg in Tschechien bewirkte, dass der Dieselpreis ohne MwSt. und Verbrauchssteuer in Tschechien den Preis von Slovnaft überschritten hat.

**Das Arbeitsministerium schlug eine Abgabensenkung vor**

Arbeitsminister Ľudovít Kaník stellte am 3. Mai sein Vorschlag zur Senkung des Abgabensatzes von Arbeitgebern für die Krankenversicherung der Arbeitnehmer von 1,4 auf 1% mit Gültigkeit ab dem 1. Januar 2006 vor. Der Effekt dieser Senkung auf die Arbeitnehmerkosten ist fraglich, da der Arbeitgeber einem vorübergehend arbeitsunfähigen Arbeitnehmer die Versicherungsleistung statt der jetzigen 10 Tage insgesamt 14 Tage auszahlen wird (nach Ablauf dieser Zeit übernimmt die Sozialversicherung die Zahlung der Umlagen). Selbstständig Beschäftigte würden bei Genehmigung dieses Entwurfs einen merklichen Rückgang verspüren, da deren Satz von den jetzigen 4,4 auf 2,4% fallen sollte. Der auf ersten

Blick positiv scheinende Entwurf hat aber einen wesentlichen Haken, der die Unterstützung durch die Koalition wohl erschwert. Während der Krankenversicherungsfonds der Sozialversicherung langfristig einen mäßigen Überschuss hat, ist das Defizit des Altersrentenfonds eine mittelfristige Gefahr, welches für das Erreichen eines langfristigen Gleichgewichtes entweder eine Erhöhung der jetzigen Abgabenhöhe, bzw. eine Senkung der großzügigen 50%-igen Abgeltungsquote (und wohl auch eine Reduktion des vollen Verdienstprinzips) und eine Abänderung des Rentenindexierung notwendig macht. Wir sind der Ansicht, dass statt der vorgeschlagenen symbolischen Abänderung des Krankenversicherungssatzes es nützlicher wäre, die bestehenden Reserven zur teilweisen Abdeckung des Rentenversicherungsdefizits zu verwenden.

**SARIO übernahm die Funktion des Fonds zur Außenhandelsförderung**

Im April wurde der Fonds zur Außenhandelsförderung per Gesetz aufgelöst. Ab dem 1. Mai 2005 gibt es diesen Fonds nicht, um die Doppelgleisigkeit bei der Gewährung von Förderungen für Exporteure von Produkten und Dienstleistungen zu vermeiden. Wir

merken an, dass der Fonds zur Außenhandelsförderung Mitte der 90-er Jahre entstand (durch Gesetz 379/1996 Gslg.), als sich die Regierung erfolglos bemühte, die äußerst ungünstige Entwicklung des Außenhandels zu beeinflussen. Ziel der Auflösung des Fonds ist die Konzentration von Finanzmitteln und Eigentum in einer einzigen für die Außenhandelsförderung zuständigen Rechtsperson. Die Rechtsperson, die diese Aufgabe wahrnehmen wird, ist die staatliche Zuschussorganisation SARIO (Slowakische Agentur zur Investitions- und Handelsentwicklung).

**Gutes Jahr in den Netzbranchen**

Die Netzbranchen, die noch immer mit 51% bis 100% staatlicher Beteiligung tätig sind, erreichten 2004 bessere Finanzergebnisse als vom Wirtschaftsministerium der SR erwartet. Dies bedeutet wahrscheinlich höhere Dividenden für den Staat und damit gute nichtsteuerliche Einnahmen in das Staatsbudget. Sieben Firmen, in denen das Wirtschaftsministerium die Aktionärsrechte ausübt, erwarten einen Nettogewinn von insgesamt 31,3 Mrd. Sk. Das ist mehr als angenommen wurde (die Vorhersage belief sich auf 28,6 Milliarden) und um 17 Prozent mehr als im Jahr 2003.

**BIP****Merklicher Optimismus der Nationalbank bei der Prognose des Wirtschaftswachstums**

Die Nationalbank der Slowakei präsentierte ihre Mittelfristige Prognose, aus der ein hohes Maß an Optimismus in der Frage des künftigen Wirtschaftswachstums der Slowakei hervorgeht. Die NBS erwartet eine Beschleunigung des realen BIP-Wachstums von 5,0% im Jahr 2005 auf bis zu 6,7% 2007. Es ist interessant, dass die Vorhersage der NBS optimistischer als jene von der Regierung, die im Aktualisierten Konvergenzprogramm veröffentlicht wurde (die Prognose der NBS ist aber auch aktueller).

Die Argumente, mit denen die Nationalbank für eine mäßige Wachstumsverlangsamung 2005 und seine nachfolgende Beschleunigung plädiert, scheinen ziemlich logisch zu sein.

2005 erwartet die NBS einen starken Anstieg der Bestandteile heimischer Nachfrage. Obwohl noch nicht einmal BIP-Daten für das erste Quartal vorliegen, wird diese Erwartung von den ersten Ergebnissen bei anderen – zusammenhängenden Kennzahlen gestützt. Zum Beispiel die markante Verlangsamung der Inflation, ein hoher Anstieg der Einnahmen im Einzelhandel und das relativ hohe Wachstum der Nominalgehälter sagen einen bedeutenden Anstieg des Verbrauches der Haushalte vorher.

Nach der Prognose der Nationalbank der Slowakei wird jedoch der Anstieg der inländischen Nachfrage im Jahr 2005 von einer Verschlechterung des Nettoexports

begleitet werden (Technologieimporte wegen anlaufender Großinvestitionen, jedoch auch Konsumimport infolge gesteigerten Verbrauchs der Haushalte), ab 2006 wird aber der Nettoexport positiv zum BIP-Wachstum beitragen. Für 2007 wird sogar ein um die Hälfte höheres Exportwachstumstempo gegenüber dem Importwachstum angenommen (da werden die heute gerade getätigten Investitionen transnationaler Gesellschaften zur Entfaltung des Exports beitragen). Gerade die Kombination des Anstiegs der Elemente inländischer Nachfrage und einer markanten Verbesserung des Nettoexports soll laut Prognose der Nationalbank zu einem ungewöhnlich hohen BIP-Wachstumstempo im Jahr 2007 führen.

**Industrieproduktion und Handel****Wachstum von Einzelhandelseinnahmen nimmt wieder zu**

Das Wachstum der Industrieproduktion hat sich zu Beginn 2005 verlangsamt. Im Februar hat sich das Volumen industrieller Produktion zwischenjährig überhaupt nicht geändert. Das Nullwachstum des Volumens industrieller Produktion im Ganzen war das Ergebnis eines schwachen Wachstums des Produktionsniveaus in der Industrie (um 1%), dem Rückgang in der Förderung von Rohstoffen (um 14,7%) sowie eines Rückfalls in der Energiewirtschaft (um 3,1%). Innerhalb von zwei Monaten war die Industrieproduktion um 2,8% höher

als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, wovon das Niveau der industriellen Produktion um 4,4% wuchs.

Die Kennziffern im Bauwesen und dem Einzelhandel waren Anfang des Jahres viel besser (obwohl wir auch die Schwächung des Industriewachstums nur für vorübergehend halten). Das Wachstum der Bauproduktion um 7,5% im Februar ist nur die Fortsetzung eines starken Wachstums aus den Vormonaten. Eine kleine Überraschung ist dagegen die Entwicklung der Einzelhandelseinnahmen. Obwohl diese schon im Vorjahr stetig

wuchsen, ist die Steigerung im Februar um 12,5% (in fixen Preisen) doch eine der Besonderen. Es ist möglich, dass eine niedrigere Inflationsrate eine höhere Kaufkraft von Haushalten entgegen den Erwartungen mit sich bringt und damit auch bessere Resultate im Einzelhandel. Da aufgrund der Angaben von zwei Monaten es riskant ist, etwas vorherzusagen, weisen wir nur auf die Möglichkeit einer Verbesserung der ohnehin optimistischen Prognosen für den Einzelhandel und Haushaltsverbrauch hin.

## Inflation

**Inflationsprognosen können heruntergeschraubt werden**

Die Verbraucherpreise sanken im März zwischenjährig um 0,1%. Die zwischenjährige Dynamik der Gesamtinflation erreichte 2,5%. Die Inflationsentwicklung setzte also den bisherigen Abschwung fort. Die Inflationsdynamik war aber im März (aber auch im gesamten Vierteljahr) niedriger im Vergleich zu den Erwartungen der Nationalbank. Diese Tatsache zeigte sich auch in der Inflationsprognose der NBS, die darauf hinweist, dass sich die Endjahresinflation 2005 unterhalb der unteren Grenze des festgesetzten Inflationsziels befinden wird (dieser beträgt 3,5% mit möglicher Abweichung von 0,5%). 2005 erfolgen qualitative

Änderungen in der Währungspolitik. Die Nationalbank hat einen eindeutigen Rahmen der mittelfristigen Währungspolitik festgelegt, und zwar nicht in Form einer Aussicht (wie bisher), sondern als verbindliches Ziel. Ab 2005 ändert sich das Währungspolitikregime in ein Inflationsabzielen. Dadurch wird ein Hauptanker der Währungspolitik geworfen. Mittelfristig hat die Nationalbank das Ziel für die durch einen harmonisierten Index der Verbraucherpreise unter 2,5% zum Dezember 2006 und unter 2% zum Dezember 2007 und 2008 gemessene zwischenjährige Inflationsrate festgesetzt, um das Maastrichtkriterium auf Basis einer

durchschnittlichen 12-monatigen Inflation zu erfüllen. Da das Niveau des Maastrichtkriteriums nicht fix und von vornherein bekannt ist, wurde das Inflationsziel für 2007 und 2008 so festgesetzt, um auch die Erfüllung des aus möglicher niedriger Inflation der EU-Mitgliedsländer hervorgehenden anspruchsvollen Kriteriums zu gewährleisten. Der Zielwert der auf 3,5% festgelegten zwischenjährigen Inflation zum Dezember 2005 kann nach bisherigen Ergebnissen für das Jahr 2005 problemlos erreicht werden, die tatsächliche Inflationsrate wird höchstwahrscheinlich niedriger ausfallen.

## Arbeitsmarkt

**Starkes Lohnwachstum in Industrieproduktion**

Im Laufe der ersten zwei Monate des Jahres 2005 wurde ein starkes Lohnwachstum in der Industrieproduktion verzeichnet. Auch der Bankrat der Nationalbank äußerte eine gewisse Besorgnis über die Lohnentwicklung. Stark wachsende Löhne bezeichnete er als potenzielle Quelle äußerer oder innerer Ungleichgewichts mit möglichen Auswirkungen auf die Ausrichtung der Währungspolitik. In diesem Zusammenhang wies die NBS darauf hin, dass die Industriebetriebe einerseits die negative Auswirkung der Wechselkursaufwertung auf ihre Konkurrenzfähigkeit präsentieren, andererseits durch hohe Lohnzuwächse unter

Bedingungen einer markant fallenden Inflationsdynamik ihre Position unter den internationalen Mitbewerbern gefährden können. Das ausgewiesene zwischenjährige Lohnwachstum in der Industrie im Februar ist tatsächlich überraschend (21,7%). Das Entfernen der Lohnwachstumskurve in der Industrieproduktion von jener der Inflation in den ersten zwei Monaten von 2005 sagt einen besonders starken Reallohnanstieg voraus.

Die amtliche Arbeitslosenrate im März fiel auf 12,7%. Im Vergleich zu 16,0% im März 2004 ist dies ein Rückgang bis um 3,3 Prozentpunkte.

Die vorläufigen Ergebnisse der auf das Aufdecken sog. Schwarzarbeit gerichteten umfangreichen Kontrollaktion (siehe Nr. 03/2005) besagen ein steiles Anwachsen der Anzahl gemeldeter Angestellter. Breit angelegte Kontrollen nicht registrierter Beschäftigung hatten einen plötzlichen Anstieg der Zahl gemeldeter Angestellter zur Folge (um zirka 30-tausend im Verlauf vom April). Die vom Ministerium für Arbeit, Soziales und Familie der SR initiierte Aktion „Wind“ wird somit wohl ihren Einfluss auf den Umfang der Schattenwirtschaft haben.

## Auslandsinvestitionen

**Hyundai/Kia – die Lage verwickelt sich wieder**

Die Besitzer der bisher nicht aufgekauften Grundstücke für den künftigen Betrieb des Autoherstellers Kia bei Žilina haben ihres erreicht, als sie durch Grundstückstausch mit dem Slowakischen Grundstückerfonds 350 Sk/m<sup>2</sup> für ihre Grundstücke kassieren sollten. Die Regierung hat auf ihrer Tagung vom 20. April die Absicht, auf die Forderungen der Besitzer tatsächlich einzugehen genehmigt, jedoch entgegen jener von Wirtschaftsminister Pavol Rusko vorgeschlagenen Alternative entschieden, keinen komplizierten Grundstückstausch vorzunehmen, sondern den Besitzern das Geld de facto direkt zu zahlen. Wie sich jedoch praktisch gleich nach Bekanntgabe dieser Entscheidung zeigte, hatte der Fall „Grundstücke“ damit nicht nur kein Ende, er wurde noch komplizierter. Das Problem besteht vor allem darin, dass die Erwartungen und Preisforderungen der Besitzer des Bodens für die Infrastruktur, der auch noch nicht abgekauft ist (Straßenanschluss, Energienetze ...) plötzlich stiegen. Paradox ist, dass diese Besitzer den gleichen Preis pro Quadratmeter wie die „erfolgreichen“ Eigentümer der Grundstücke für das eigentliche Automobilwerk, d.h. 350 Sk pro m<sup>2</sup> verlangen. Gleichzeitig tauchten Forderungen der meisten Besitzer, die die Grundstücke für je 140 Kronen verkauft hatten auf Rückzahlung des Unterschieds, unterstützt auch vom Bürgermeister

von Žilina, Ján Šlota. Dadurch entsteht ein gefährlicher Präzedenzfall, der den Bau weiterer Infrastrukturprojekte wie Autobahnen oder modernisierte Eisenbahnstrecken merklich verteuern und auch wesentlich verlangsamten kann.

**SCA Hygiene erweitert Investitionen in der Slowakei**

Die schwedische Firma SCA Hygiene Holding unterzeichnete am 28. April mit dem Wirtschaftsministerium ein Memorandum über Verständigung, laut welchem es innerhalb von zwei Jahren 37 Millionen Euro in die Erweiterung ihrer Produktionskapazitäten in der Slowakei investiert. Im bestehenden Betrieb zur Erzeugung von Hygieneartikeln auf Papier-, Zellstoff- und Kunststoffbasis in Gemerská Hôrka sollten 125 neue Arbeitsplätze entstehen. Laut Informationen der Regierungsagentur für Investitionen SARIO wird noch staatliche Hilfe in Höhe von etwa 5 Mill. Euro Gegenstand einer vertraglichen Vereinbarung.

**Slowakei gewann den Kampf um die Investition Hankook Tyres**

Die Slowakei erreichte erneut das Finale eines „Duells“ mit Polen und Ungarn um eine

große Investition, diesmal um die Platzierung eines neuen mitteleuropäischen Produktionsbetriebs der koreanischen Firma Hankook Tire. Die Entscheidung darüber, dass die Investition mit einem erwarteten Volumen von 500 Mill. Euro und 1600 Arbeitsplätzen von Hankook in Levice, 130 km östlich von Bratislava getätigt wird, wurde vom Unternehmen am 5. Mai bekannt gegeben. Wie es in Fällen solcher großen Investitionen üblich ist, war die Attraktivität von Investitionsanreizen ein bedeutsamer Faktor. Diese sollten nach vorläufigen Informationen etwa 100 Mill. Euro erreichen. Bei der Verwirklichung dieser Investition wird es wohl zu keinem ähnlichen Problem mit Grundstücken wie bei Hyundai/Kia kommen, da 46 Hektar von den 53 benötigten im Besitz des Slowakischen Grundstückerfonds sind; und über die restlichen 7 ha hat sich bereits die Stadt Levice mit einer nicht genannten Privatfirma geeinigt. Bis Monatsende sollte laut Wirtschaftsminister Pavol Rusko der Investitionsvertrag unterzeichnet sein, der Bau des Betriebs sollte Anfang nächsten Jahres beginnen. Die Produktion, deren beträchtlicher Teil in andere Länder der Europäischen Union exportiert werden wird und ein weiterer Teil wohl von Kia bezogen werden wird, sollte 2009 anlaufen.